

22. Sitzung

**des elften Kreistages des Landkreises Waldeck-Frankenberg
am 24. Juni 2019, 14:00 Uhr,
in Korbach, Kreishaus**

Tagesordnung:

1. Fragestunde nach § 18 der Geschäftsordnung
(Drucksache 289/19)
2. Aktuelle Stunde
(Drucksache 290/19)
3. Arbeit und Ansiedlung von Hebammen in Waldeck-Frankenberg verstärkt fördern
 - Antrag der AfD-Fraktion(Drucksache 231/18)
4. Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts für die Ferienregion Edersee
 - Antrag der Fraktionen von SPD und CDU(Drucksache 272/19)
5. Erarbeitung eines Konzepts zur Einrichtung eines Wünschewagens
 - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und CDU(Drucksache 280/19)
6. Mittagessen an den Schulen
 - Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN(Drucksache 291/19)
7. Umsetzung von Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) und höheren Bio-Anteilen bei der Schulverpflegung
 - Antrag der Fraktionen von SPD und CDU(Drucksache 292/19)
8. Umsetzung des Digitalpakts
 - Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE(Drucksache 293/19)

- 9.** Schäden im Domanielwald und im Kreiswald Viermünden im Jahr 2018
 - Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN(Drucksache 294/19)
- 10.** Wirtschaftsplan der Waldeckischen Domanielverwaltung für das Wirtschaftsjahr 2019 – 1. Nachtrag (Beratung und Beschlussfassung)
(Drucksache 295/19)
- 11.** Verbesserung des Versicherungsschutzes für Feuerwehrleute und ihre Lebenspartner
 - Resolutionsantrag der FDP-Fraktion(Drucksache 296/19)
- 12.** „Klimanotstand“
 - Antrag der Fraktion DIE LINKE(Drucksache 297/19)
- 13.** Resolution zum Ausgleich der Mehrbelastungen durch das BTHG
 - Resolutionsantrag der Fraktionen von SPD und CDU(Drucksache 298/19)
- 14.** Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die allgemeinbildenden Schulen für den Planungszeitraum 2018 - 2022
(Drucksache 299/19)
- 15.** Bauunterhaltung kleiner Grundschulstandorte und Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 030 Grund- und Hauptschulen im Haushaltsjahr 2019
(Drucksache 300/19)
- 16.** Neue Schulbudgetrichtlinie; Grundsätze und Leitfaden für die Bewirtschaftung des Schulbudgets ab 01.01.2019
(Drucksache 301/19)
- 17.** Änderung der Satzung für das Jugendamt
(Drucksache 302/19)
- 18.** Neufassung der Satzung zur Teilnahme an der Kindertagespflege, Erhebung von Kostenbeiträgen und Gewährung einer laufenden Geldleistung
(Drucksache 303/19)
- 19.** Jahresberichte der Patientenfürsprecher/-innen der Krankenhäuser im Landkreis Waldeck-Frankenberg für das Jahr 2018
(Drucksache 304/19)

- 20.** Wahl einer Patientenfürsprecherin/eines Patientenfürsprechers und einer Stellvertretung für die Gesundheit Nordhessen Krankenhaus Bad Arolsen GmbH (Drucksache 305/19)
- 21.** Bericht über die Anlage von Mitteln des Kassenbestandes und der Wertpapiere des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2018 (Drucksache 306/19)
- 22.** Bericht über den Haushaltsvollzug 2019 für das I. Quartal auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung nach § 28 GemHVO (Drucksache 307/19)
- 23.** Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 036 Berufliche Schulen im Haushaltsjahr 2019 (Drucksache 308/19)
- 24.** Unterrichtung über die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilergebnishaushalt 022, Budget 022.1 Ordnungs- und Gewerberecht, im Haushaltsjahr 2018 sowie über die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen in den Teilergebnis-haushalten 027 Rettungsdienst, 082 Sportstätten und Bäder und überplanmäßiger Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 011, Budget 011.6 Finanzdienstleistungen, im Haushaltsjahr 2019 (Drucksache 309/19)
- 25.** Kreiskrankenhaus Frankenberg gemeinnützige GmbH; hier: Übernahme einer Ausfallbürgschaft für einen Kontokorrentkredit (Drucksache 310/19)
- 26.** Verschiedenes

- Anwesend:
- 1.) Kreistagsvorsitzende Ruhwedel
 - 2.) Landrat Dr. Kubat
 - 3.) Erster Kreisbeigeordneter Frese
 - 4.) Die Kreisbeigeordneten Eckhardt, Heidel, Hoffmann, Nordmeier, Schäfer, Scherf und Schmirler
 - 5.) Die Kreistagsabgeordneten der

SPD-Kreistagsfraktion

Backhaus, Ralph
Best, Sina
Brede, Björn (14:30 – 15:45 Uhr)
Engelhard, Sigrid
Ermisch, Uwe
Kalhöfer-Köchling, Karl-Heinz
Keim, Christel
Krämer, Rositta
Paulus, Rainer
Piro-Klein, Ruth
Plünnecke, Harald
Schaaf Dr, Harald
Schaake, Andreas
Schaake, Dieter
Schmitt, Günter
Sommer Dr., Daniela (15:30 – 16:35 Uhr)
Sommer Dr., Hendrik (ab 16:20 Uhr)
Staude-Hansmann, Petra

FWG-Kreistagsfraktion

Büchschütz, Dieter
Gier, Klaus
Horsel, Heinfried
Schmitt, Ralf
Schumacher, Kai
Steuber, Uwe
Teppe, Klaus
Wilke, Friedrich

Kreistagsfraktion GRÜNE

Frömmrich, Jürgen (bis 15:45 Uhr)
Dr. Koswig, Peter
May, Daniel
Tönges, Caroline (bis 16:50 Uhr)

CDU-Kreistagsfraktion

Drebes, Dr. Eckhard
Fallenbüchel, Martin
Hartmann, Timo
Hesse, Rainer
Jesinghausen, Elke
Pohlmann, Jan-Wilhelm
Ravensburg, Claudia
Schaub, Bernd
Schwarz, Armin
Seitz, Bernhard
Tönepöhl, Ulrike
Vollbracht, Jürgen
Walmanns, Katrin
Wäscher, Marc
Weiß, Rüdiger
Zarges, Elke

AfD-Kreistagsfraktion

Beck, Andreas
Dippel, Hakola
Ginder, Stefan (bis 18:40 Uhr)
Lewandowsky, Arno

Papst-Dippel, Claudia
Peschel, Jens

FDP-Kreistagsfraktion

Pfuhl, Friedhelm
Rube, Jochen
Schultze-Ueberhorst, Annegret
Wiegand, Arno

Kreistagsfraktion LINKE

Boulnois, Heidemarie

Hoppmann, Ingo (bis 17:55 Uhr)

Fraktionslos

6.) Oberamtsrat Dreier als Schriftführer

Es fehlen:

die Kreistagsabgeordneten Bender (CDU), Daume (SPD), Deutschendorf (GRÜNE), Dietzel (CDU), Golde (CDU), Koch (FDP), Kappelhoff (SPD), Dr. Kutting (fraktionslos), Nolte (AfD), Opper (CDU), Patzer (GRÜNE) und Svoboda (SPD) sowie die Kreisbeigeordneten Behle, Huntzinger, Möller und Wagner

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) eröffnet um 14:00 Uhr die 22. Sitzung des Kreistages.

Besonders begrüßt sie die Auszubildenden der Fa. Viessmann, die im Rahmen ihrer diesjährigen Bildungswoche eine Kreistagssitzung besuchen, sowie Frau Pfannstiel vom Staatlichen Schulamt in Fritzlar.

Nachträglich gratuliert sie den Abgeordneten und Kreisbeigeordneten, die nach der letzten Sitzung Geburtstag hatten:

Frau Ravensburg (CDU), Frau Boulnois (LINKE), Herr Golde (CDU), Herr Wäscher (CDU), Herr Dr. Kutting (Fraktionslos), Frau Staude-Hansmann (SPD), Herr Patzer (GRÜNE), Herr Vollbracht (CDU), Frau Tönges (GRÜNE), Herr Wilke (FWG), Herr Wiegand (FDP), Herr Schwarz (CDU), Herr Ermisch (SPD), Herr Lewandowsky (AfD), Herr Dr. Koswig (GRÜNE), Herr Steuber (FWG), Herr Bender (CDU), Herr Landrat Dr. Kubat, Herr Kreisbeigeordneter Schäfer und Frau Kreisbeigeordnete Behle.

Sie beglückwünscht Herrn Abg. Ermisch (SPD) namens des Kreistages zur Wahl zum Vorsitzenden der Regionalversammlung Nordhessen.

Der Kreistag gedenkt des ermordeten Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke mit einer Schweigeminute und einer Rede der Kreistagsvorsitzenden.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Zum Schriftführer wird Herr Dreier bestimmt.

Einstimmig beschließt der Kreistag die Empfehlungen des Ältestenrates zu den Redezeitbegrenzungen und Verfahren:

TOP 3 5 Min./Fraktion, getrennte Abstimmung über die Ziff. 1 - 3

TOP 4, 8 und 11 - 16 5 Min. Aussprache/Fraktion, TOP 8 und 12 ohne Begründung

TOP 6, 7 und 9, 10 jeweils gemeinsame Beratung, 5 Min./Fraktion, TOP 9 ohne Begründung
TOP 5, 17 - 24 ohne Aussprache
TOP 25 Vorziehen nach TOP 2, ohne Aussprache

1. Fragestunde nach § 18 der Geschäftsordnung
(Drucksache 289/19)

- a) Frage des Abg. Dr. Koswig (GRÜNE) zur Mindestmengen-Regelung an Kliniken im Landkreis

Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und eine Zusatzfrage des Fragestellers.

- b) Frage des Abg. Dr. Koswig (GRÜNE) zur Anzahl der Immobilien ohne Kläranlagenanschluss

Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage des Fragestellers.

- c) Frage des Abg. Dippel (AfD) zu Elektro-Dienstwagen

Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und eine Zusatzfrage des Fragestellers.

- d) Frage der Abg. Keim (SPD) zu „Überschussmiste“

Kreisbeigeordneter Schäfer beantwortet die Frage, zwei Zusatzfragen der Fragestellerin und je eine Zusatzfrage der Abg. Frömmrich (GRÜNE) und D. Schaake (SPD).

- e) Frage des Abg. May (GRÜNE) zu den Bahnübergängen

Landrat Dr. Kubat beantwortet die Frage und zwei Zusatzfragen des Fragestellers.

- f) Frage des Abg. Frömmrich (GRÜNE) zum Natur- und Jugend-Camp Hochstein

Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und eine Zusatzfrage des Fragestellers.

- g) Frage der Abg. Ravensburg (CDU) zu den Defibrillatoren

Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und zwei Zusatzfragen der Fragestellerin.

**2. Aktuelle Stunde
(Drucksache 290/19)**

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) ruft den vorliegenden Antrag der Fraktionen von FWG und FDP vom 12. Juni 2019 zum Thema „Wirtschaftliche und strategische Situation des Kreiskrankenhauses in Frankenberg (Eder)“ (**Anlage 1**) auf.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Wiegand (FDP), Schmitt (FWG), Boulnois (LINKE), Frömmrich (GRÜNE), Kalhöfer-Köchling (SPD), Papst-Dippel (AfD), Hartmann (CDU) und Pfuhl (FDP) sowie Landrat Dr. Kubat.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt fest, dass der Antrag auf Durchführung einer Aktuellen Stunde mit erfolgter Aussprache als erledigt anzusehen ist.

Vorgezogen wird TOP 25

**25. Kreiskrankenhaus Frankenberg gemeinnützige GmbH; hier: Übernahme einer Ausfallbürgschaft für einen Kontokorrentkredit
(Drucksache 310/19)**

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr trägt Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) vor; dieser empfiehlt einstimmig mit 11 Ja-Stimmen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses in der durch den Ausschuss geänderten Fassung.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Beschluss (mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen):

- „a) Der Landkreis Waldeck-Frankenberg übernimmt zugunsten der Kreiskrankenhaus Frankenberg gemeinnützige GmbH eine Bürgschaft (**s. Anlage 2**) zur Sicherstellung der Liquidität in Höhe von 7 Mio. Euro.

- b) Die Inanspruchnahme von Kreditmitteln im neuen Kontokorrentkreditrahmen von 3 bis 10 Mio. Euro bedarf jeweils einer begründeten Anforderung durch die Geschäftsführung des Kreiskrankenhauses an den Vorsitzenden des Kreisausschusses des Landkreises Waldeck-Frankenberg. Die konkrete Inanspruchnahme darf erst nach Genehmigung und Freigabe durch den Vorsitzenden des Kreisausschusses erfolgen; dieser hat dann den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr des Kreistages des Landkreises Waldeck-Frankenberg unverzüglich zu informieren. Im Vertretungsfall gelten die Regeln des § 44 der Hessischen Landkreisordnung.

- c) Auf die Erhebung einer Avalprovision wird verzichtet.
- d) Es wird die Erwartung vollzogen, dass die Geschäftsführung sämtliche strategischen und organisatorischen Maßnahmen ergreift, um die wirtschaftliche Situation des Krankenhauses nachhaltig zu stabilisieren. Dazu zählt insbesondere eine Geschäftsprozessuntersuchung. Die Geschäftsführung hat dem Gesellschafter in monatlichen Abständen über die ergriffenen Maßnahmen und erreichten Ziele zu berichten. Zu den monatlichen Berichtspflichten gehört jeweils auch die Vorlage einer aktuellen Ergebnis- und Finanzvorschau (cash-flow) für das laufende und das folgende Geschäftsjahr.“

3. Arbeit und Ansiedlung von Hebammen in Waldeck-Frankenberg verstärkt fördern

- **Antrag der AfD-Fraktion**
(Drucksache 231/18)

Über die Beratung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration berichtet Ausschussvorsitzende Engelhard (SPD), dieser empfiehlt einstimmig mit 9 Ja-Stimmen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Papst-Dippel (AfD), Walmanns (CDU), Schumacher (FWG), Tönges (GRÜNE), Dr. D. Sommer (SPD) und Schultze-Ueberhorst (FDP) sowie Erster Kreisbeigeordneter Frese.

Beschluss (einstimmig):

1. Von dem Bericht des Kreisausschusses zur Hebammenversorgung im Landkreis Waldeck-Frankenberg wird Kenntnis genommen.

Beschluss (einstimmig):

2. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Hebammen weiter fördernd zu begleiten.

Beschluss (mehrheitlich bei Gegenstimmen der AfD):

3. Der Antrag der AfD-Fraktion betreffend Förderung von Arbeit und Ansiedlung von Hebammen in Waldeck-Frankenberg wird als erledigt angesehen.

Stellv. Kreistagsvorsitzender Schumacher (FWG) übernimmt die Sitzungsleitung (16:10 Uhr)

-

4. Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts für die Ferienregion Edersee

- **Antrag der Fraktionen von SPD und CDU**

(Drucksache 272/19)

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie trägt stellv. Ausschussvorsitzender Dr. Schaaf (SPD) vor; dieser empfiehlt einstimmig mit 10 Ja-Stimmen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. A. Schaake (SPD), Dr. Koswig (GRÜNE), Gier (FWG), Hartmann (CDU), Schultze-Ueberhorst (FDP) und Ginder (AfD) sowie Erster Kreisbeigeordneter Frese.

Beschluss (einstimmig):

„Der Kreistag sieht die Notwendigkeit für die Bearbeitung eines Gesamtentwicklungskonzeptes für die Ederseeregion, aufbauend auf der in Bearbeitung befindlichen Tourismusstrategie. Dazu sollen folgende weitere Schritte umgesetzt werden:

1. Weitere Begleitung des Projektes ´Entwicklungskonzept Ederseeregion´ durch die Mitglieder des ´Runden Tisches´.
2. Konkretisierung der Bausteine eines ´Entwicklungskonzeptes Ederseeregion´
3. Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Erstellung des ´Entwicklungskonzeptes Ederseeregion´.“

5. Erarbeitung eines Konzepts zur Einrichtung eines Wünschewagens

- **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und CDU**

(Drucksache 280/19)

Aus dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration berichtet Ausschussvorsitzende Engelhard (SPD); dieser empfiehlt einstimmig mit 9 Ja-Stimmen, vorlagegemäß zu beschließen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Beschluss (einstimmig):

„Mit der Unterstützung des Wünschewagens Nordhessen des ASB ist dem Antrag Genüge getan. Der Kreisausschuss wird den ASB unterstützen und dafür bei den Hilfsorganisationen und in der Öffentlichkeit werben.“

6. Mittagessen an den Schulen

- **Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 291/19 – Anlage 3)**

und

7. Umsetzung von Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DGE) und höheren Bio-Anteilen bei der Schulverpflegung

- **Antrag der Fraktionen von SPD und CDU (Drucksache 292/19 – Anlage 4)**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. May (GRÜNE), Ravensburg (CDU), Rube (FDP), Dr. Schaaf (SPD), Horsel (FWG), Papst-Dippel (AfD), Hoppmann (LINKE) und Schwarz (CDU).

Stellv. Kreistagsvorsitzender Schumacher (FWG) stellt fest, dass die Große Anfrage mit der Aussprache gemäß § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung als erledigt anzusehen ist.

Beschluss (mehrheitlich bei Gegenstimmen der FWG, AfD, FDP und LINKEN):

„Der Kreisausschuss wird beauftragt zu überprüfen, wie der DGE-Standard möglichst flächendeckend an den Schulen des Landkreises eingeführt und umgesetzt werden kann und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen. Zudem soll überprüft werden, wie der Anteil an Bio-Komponenten und an regionalen Komponenten bei den Mahlzeiten erhöht werden kann. Bestandteil der Überprüfung soll auch sein, wie zum Erreichen dieser Ziele die Öko-Modellregion eingebunden werden kann.“

8. Umsetzung des Digitalpakts

- **Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 293/19 – Anlage 5)**

An der Aussprache beteiligen sich Abg. Boulnois (LINKE), Landrat Dr. Kubat sowie die Abg. A. Schaake (SPD), Horsel (FWG), May (GRÜNE), Rube (FDP), Schwarz (CDU) und Papst-Dippel (AfD).

Stellv. Kreistagsvorsitzender Schumacher (FWG) stellt fest, dass die Große Anfrage mit der Aussprache gemäß § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung als erledigt anzusehen ist.

9. **Schäden im Domanialwald und im Kreiswald Viermünden im Jahr 2018**
- **Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
(Drucksache 294/19 – Anlage 6)

und

10. **Wirtschaftsplan der Waldeckischen Domanialverwaltung für das Wirtschaftsjahr 2019 – 1. Nachtrag (Beratung und Beschlussfassung)**
(Drucksache 295/19)

Das Ergebnis der Beratungen in den Fachausschüssen trägt jeweils der stellv. Ausschussvorsitzende bzw. der Ausschussvorsitzende vor. Der Ausschuss für Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Touristik, Umwelt, Bauen und Energie empfiehlt mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen und 1 Gegenstimme, vorlagegemäß zu beschließen. Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr empfiehlt einstimmig mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Dr. Koswig (GRÜNE), Pohlmann (CDU), Paulus (SPD), Dippel (AfD), Wiegand (FDP) und May (GRÜNE) sowie Erster Kreisbeigeordneter Frese.

Stellv. Kreistagsvorsitzender Schumacher (FWG) stellt fest, dass die Große Anfrage mit der Aussprache gemäß § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung als erledigt anzusehen ist.

Beschluss (mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen):

„An Stelle des bisherigen Voranschlags für die Gewinnverwendung von 86.900 € ist durch die kalamitätsbedingt negative Entwicklung im Forstbetrieb ein Verlust von 1.600.000 € ausgewiesen, der durch Entnahme aus dem Rücklagenkapital auszugleichen ist. Vorrangig ist die Kalamitätenrücklage zu nutzen, darüber hinaus die Rücklage für betriebliche Zwecke.

Der Vermögensplan schließt in Anlagezugang und Anlageabgang mit jeweils 4.455.000 €. Zusätzlich in Ansatz gebracht wurden 900.000 € für den Umbau des Dienstgebäudes, 80.000 € für die Kapitaleinbringung in die Kommunalwald Waldeck-Frankenberg GmbH sowie 500.000 € für die Anlage eines Nassholzlagerplatzes in Rattlar im geschlossenen System. Der für die Geschäftsaufnahme der kommunalen Holzvermarktungsgesellschaft erforderliche Finanzmittelbedarf ist der Grunderwerbs- und Baurücklage zu entnehmen.

Der geänderte Vermögensplan und der geänderte Voranschlag für die Gewinnverwendung in der Fassung des 1. Nachtrags zum Wirtschaftsplan 2019 der Waldeckischen Domänialverwaltung wird beschlossen.“

- Stellv. Kreistagsvorsitzender A. Schaake (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung (18:10 Uhr) -

11. Verbesserung des Versicherungsschutzes für Feuerwehrleute und ihre Lebenspartner

- **Resolutionsantrag der FDP-Fraktion (Drucksache 296/19 – Anlage 7)**

Abg. Pfuhl (FDP) begründet den Antrag seiner Fraktion vom 24. April 2019 und erklärt ihn im Hinblick auf den Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 31. Mai 2019 für erledigt.

12. „Klimanotstand“

- **Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 297/19 – Anlage 8)**

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Boulnois (LINKE), die namentliche Abstimmung beantragt, May (GRÜNE), Schwarz (CDU), Wiegand (FDP), Dr. H. Sommer (SPD), Wilke (FWG) und Dippel (AfD). Auf Nachfrage des stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden A. Schaake (SPD) zieht die Abg. Boulnois (LINKE) den Antrag auf namentliche Abstimmung zurück.

Mehrheitlich bei Gegenstimmen der SPD, CDU, FWG, FDP und AfD wird der Antrag der LINKEN abgelehnt.

13. Resolution zum Ausgleich der Mehrbelastungen durch das BTHG

- **Resolutionsantrag der Fraktionen von SPD und CDU (Drucksache 298/19 – Anlage 9)**

Abg. Dr. H. Sommer (SPD) begründet die gemeinsame Initiative der Fraktionen von SPD und CDU.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Beschluss (einstimmig):

„Der Kreistag des Landkreises Waldeck-Frankenberg fordert Bundes- und Landesregierung auf, die erheblichen Mehrbelastungen für die Kommunen durch die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes auszugleichen.“

Abg. May (GRÜNE) beantragt, die Tagesordnungspunkte 14 – 16 gemeinsam mit einer Redezeit von 5 Min./Fraktion zu beraten. **Dieser Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig beschlossen.**

Gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 14 – 16

14. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die allgemeinbildenden Schulen für den Planungszeitraum 2018 - 2022
(Drucksache 299/19)

und

15. Bauunterhaltung kleiner Grundschulstandorte und Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 030 Grund- und Hauptschulen im Haushaltsjahr 2019
(Drucksache 300/19)

und

16. Neue Schulbudgetrichtlinie; Grundsätze und Leitfaden für die Bewirtschaftung des Schulbudgets ab 01.01.2019
(Drucksache 301/19)

Über die Beratungen im Ausschuss für Schule, Jugend, Bildung und Sport berichtet stellv. Ausschussvorsitzender Schmitt (SPD); dieser empfiehlt zu TOP 14 einstimmig mit 7 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen und zu TOP 16 einstimmig mit 9 Ja-Stimmen jeweils vorlagegemäß zu beschließen.

Aus dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr berichtet Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD); dieser empfiehlt zu TOP 15 einstimmig mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Schumacher (FWG), May (GRÜNE), Dippel (AfD), Ravensburg (CDU), Schmitt (SPD) und Pfuhl (FDP).

Beschluss zu TOP 14 (einstimmig bei Enthaltung der GRÜNEN und LINKEN):

„Der Entwurf der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Waldeck-Frankenberg für die allgemeinbildenden Schulen wird gemäß § 145 Abs. 5 des Hessischen Schulgesetzes in der vorgelegten Form beschlossen. Der fortgeschriebene Plan ist dem Hessischen Kultusministerium gemäß § 145 Abs. 6 HSchG zur Zustimmung vorzulegen.“

Beschluss zu TOP 15 (einstimmig):

„Nach § 52 HKO in Verbindung mit § 100 Abs. 1 HGO wird der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen bei Nr. 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen im Teilfinanzhaushalt 030 Grund- und Hauptschulen, Inv.-Nr. 064-600-12, in Höhe von 60.000,00 € im Haushaltsjahr 2019 zugestimmt. Die Deckung der Mehrauszahlungen ist durch Minderauszahlungen bei anderen Schulbaumaßnahmen und, soweit dies nicht möglich ist, durch Minderauszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen im Teilfinanzhaushalt 115 Kombinierte Versorgung, Invest.-Nr. 021-EWF Beteiligung am Zweckverband Energie Waldeck-Frankenberg, gewährleistet.“

Beschluss zu TOP 16 (einstimmig):

„Der Entwurf der Schulbudget-Richtlinie – Grundsätze und Leitfaden für die Bewirtschaftung des Schulbudgets – wird beschlossen.“

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung (19:10 Uhr) –

**17. Änderung der Satzung für das Jugendamt
(Drucksache 302/19)**

Stellv. Ausschussvorsitzender Schmitt (SPD) trägt den Bericht aus dem Ausschuss für Schule, Jugend, Bildung und Sport vor; dieser empfiehlt einstimmig mit 9 Ja-Stimmen die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Beschluss (einstimmig):

„Die Änderung der Satzung für das Jugendamt des Landkreises Waldeck-Frankenberg wird beschlossen.“

**18. Neufassung der Satzung zur Teilnahme an der Kindertagespflege, Erhebung von Kostenbeiträgen und Gewährung einer laufenden Geldleistung
(Drucksache 303/19)**

Über die Beratung im Ausschuss für Schule, Jugend, Bildung und Sport berichtet stellv. Ausschussvorsitzender Schmitt (SPD); der Ausschuss empfiehlt einstimmig mit 9 Ja-Stimmen vorlagegemäß zu beschließen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Beschluss (einstimmig):

„Die neue Kindertagespflegesatzung wird beschlossen.“

**19. Jahresberichte der Patientenfürsprecher/-innen der Krankenhäuser im Landkreis Waldeck-Frankenberg für das Jahr 2018
(Drucksache 304/19)**

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration trägt Ausschussvorsitzende Engelhard (SPD) vor; dieser hat die Jahresberichte zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag ebenso zu verfahren.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt fest, dass der Kreistag die Jahresberichte der einzelnen Patientenfürsprecherinnen und Patientenfürsprecher für das Jahr 2018 zur Kenntnis genommen hat.

**20. Wahl einer Patientenfürsprecherin/eines Patientenfürsprechers und einer Stellvertretung für die Gesundheit Nordhessen Krankenhaus Bad Arolsen GmbH
(Drucksache 305/19)**

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) verweist auf die Erläuterungen in der Drucksache 305/19 und die vorliegenden Wahlvorschläge. Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet; einer offenen Abstimmung wird nicht widersprochen.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Einstimmig wird Herr Helmut Kirner, Bad Arolsen, zum Patientenfürsprecher für die Gesundheit Nordhessen Krankenhaus Bad Arolsen GmbH gewählt.

Einstimmig wird Frau Renate Anderka, Bad Arolsen, zur stellvertretenden Patientenfürsprecherin für die Gesundheit Nordhessen Krankenhaus Bad Arolsen GmbH gewählt.

**21. Bericht über die Anlage von Mitteln des Kassenbestandes und der Wertpapiere des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2018
(Drucksache 306/19)**

Das Ergebnis der Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr trägt Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) vor; dieser hat den Bericht zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag ebenso zu verfahren.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt fest, dass der Kreistag vom Bericht des Kreisausschusses über die Anlage von Mitteln des Kassenbestandes und der Wertpapiere des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2018 Kenntnis genommen hat.

**22. Bericht über den Haushaltsvollzug 2019 für das I. Quartal auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung nach § 28 GemHVO
(Drucksache 307/19)**

Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) berichtet über die Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr; dieser hat den Bericht zur Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag ebenso zu verfahren.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt fest, dass der Kreistag vom Bericht des Kreisausschusses über den Haushaltsvollzug zum 31.03.2019 Kenntnis genommen hat.

**23. Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 036 Berufliche Schulen im Haushaltsjahr 2019
(Drucksache 308/19)**

Erster Kreisbeigeordneter Frese beantwortet die Frage und zwei Zusatzfragen des Abg. Pfuhl (FDP) zu Kosteneinsparungen bei der Sanierung der Beruflichen Schulen in Korbach.

Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD) berichtet über die Beratung im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr; dieser empfiehlt einstimmig mit 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung die Annahme des Beschlussvorschlages des Kreisausschusses.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Beschluss (einstimmig):

- „a) Nach § 52 HKO in Verbindung mit § 100 Abs. 2 HGO wird der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen bei Nr. 25 Auszahlungen für Baumaßnahmen im Teilfinanzhaushalt 036 Berufliche Schulen, Invest.-Nr. 064-272-12, in Höhe von 3.000.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2019 zugestimmt. Die Deckung des Mehrbedarfs ist im folgenden Jahr gewährleistet.

- b) Nach § 52 HKO in Verbindung mit § 100 Abs. 1 HGO wird der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen bei Nr. 26 Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen im Teilfinanzhaushalt 036 Berufliche Schulen, Invest.-Nr. 031-RSBS, in Höhe von 132.000,00 EUR im Haushaltsjahr 2019 zugestimmt. Die Deckung der Mehrauszahlungen ist durch Minderauszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen im Teilhaushalt 115 Kombinierte Versorgung, Invest.-Nr. 021-EWF Beteiligung am Zweckverband Energie Waldeck-Frankenberg, gewährleistet.“

24. Unterrichtung über die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilergebnishaushalt 022, Budget 022.1 Ordnungs- und Gewerberecht, im Haushaltsjahr 2018 sowie über die Genehmigung überplanmäßiger Aufwendungen in den Teilergebnishaushalten 027 Rettungsdienst, 082 Sportstätten und Bäder und überplanmäßiger Auszahlungen im Teilfinanzhaushalt 011, Budget 011.6 Finanzdienstleistungen, im Haushaltsjahr 2019 (Drucksache 309/19)

Aus dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Verkehr berichtet Ausschussvorsitzender Plünnecke (SPD); dieser hat von der Leistung der überplanmäßigen Aufwendungen in der Drucksache 309/19 Kenntnis genommen und empfiehlt dem Kreistag ebenso zu verfahren.

Eine Aussprache findet nicht statt.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) stellt fest, dass der Kreistag von der Leistung überplanmäßiger Aufwendungen in der Drucksache 309/19 Kenntnis genommen hat.

26. Verschiedenes

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

Kreistagsvorsitzende Ruhwedel (SPD) schließt die Sitzung gegen 19:20 Uhr.

gez. Ruhwedel

gez. Schumacher

(Kreistagsvorsitzende)

(stellv. Kreistagsvorsitzender)

gez. A. Schaake

gez. Dreier

(stellv. Kreistagsvorsitzender)

(Schriftführer)

F D P – Fraktion
im Kreistag Waldeck-Frankenberg
Fraktionsgeschäftsführung



FDP-Fraktion – Flechtdorfer Straße 1 – 34497 Korbach
An die Vorsitzende des
Kreistags Waldeck-Frankenberg
Frau Iris Ruhwedel
Südring 2
34497 Korbach



Allendorf (Eder), den 12.06.2019

Antrag betreffend eine Aktuelle Stunde

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Der Kreistag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten:

**Wirtschaftliche und strategische Situation des Kreiskrankenhauses in
Frankenberg (Eder)**

Das Kreiskrankenhaus in Frankenberg (Eder) befindet sich seit geraumer Zeit in wirtschaftlich schwieriger Situation. Alle Versuche der vergangenen Jahre, durch Wechsel in der Geschäftsführung, Abschluss von Geschäftsbesorgungsverträgen, Auflösung ebensolcher und vereinzelter Bemühungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation haben bisher keinen Erfolg gezeigt.

Der Kreistag ist für die grundsätzliche Entscheidung, ob er das Kreiskrankenhaus erhält, zuständig und die Fragestellung über die Zukunft der Einrichtung ist für den Kreistag und alle Menschen in Waldeck-Frankenberg von hohem Interesse.

Eine Aussprache über die Situation des Kreiskrankenhauses ist also dringend geboten.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktionsgeschäftsführer

Der Antrag betreffend eine Aktuelle Stunde wird gemeinsam getragen von den Fraktionen der FWG und der FDP im Kreistag Waldeck-Frankenberg.

Für die FWG-Fraktion:

Für die FDP-Fraktion:

(Horstel) stv. Vorsitzender

(Pfuhl) stv. Vorsitzender

Bürgschaftserklärung

Der Landkreis Waldeck-Frankenberg (im folgenden Bürge genannt) übernimmt gemäß Beschluss des Kreistages vom **24.06.2019**, vorbehaltlich der Genehmigung des Regierungspräsidiums Kassel, ohne zeitliche Beschränkung die Ausfallbürgschaft für alle Ansprüche, die die **Sparkasse Battenberg**, Hauptstraße 5, 35088 Battenberg (Eder) (im folgenden Bank genannt) aus der Gewährung eines Kontokorrentkredits in Höhe von

***7.000.000,00 EUR**

(in Worten: sieben Millionen Euro)

gegen die **Kreiskrankenhaus Frankenberg gemeinnützige GmbH** und ihren jeweiligen Inhaber (im folgenden Hauptschuldner genannt) gemäß angehefteter Schuldurkunde vom _____ zustehen oder noch zustehen werden.

Für die Übernahme der Bürgschaft gelten die nachstehenden Bedingungen:

- 1) Die Bürgschaft erstreckt sich auch auf etwaige am Fälligkeitstermin nicht bezahlte Zinsen und Kosten.
- 2) Die Bürgschaft wird durch eine Änderung der Rechtsform der Firma des Hauptschuldners nicht berührt. Sie gilt neben etwaigen vom Bürgen abgegebenen sonstigen Bürgschaftserklärungen.
- 3) Die Bank ist befugt, den Erlös von Sicherheiten und Zahlungen des Hauptschuldners oder anderer Verpflichteter zunächst auf den der in Anspruch genommenen Kreditvaluta übersteigenden Teil ihrer Forderungen zu verrechnen.
- 4) Erklärungen der Bank, die sich auf die Bürgschaft beziehen, sind schriftlich vorzunehmen. Die Einhaltung der Schriftform nach § 126 BGB ist dabei nicht erforderlich. Mündliche Mitteilungen sind nicht rechtswirksam. Die Bank ist ferner verpflichtet, für den Fall, dass der Hauptschuldner mit Zins-, Tilgungs- oder anderen Leistungen in Verzug gerät, dies und die Höhe der Rückstände innerhalb von 12 Monaten nach Fälligkeit dem Bürgen schriftlich mitzuteilen. Kommt die Bank dieser Mitteilungspflicht nicht nach, wird der Bürge von der Bürgschaftsverpflichtung für die nicht gemeldeten rückständigen Beträge befreit.
- 5) Der Ausfall in Höhe der in Anspruch genommenen Kreditvaluta zuzüglich Zinsen und Kosten gilt frühestens als festgestellt,
 - a) wenn und soweit die Zahlungsunfähigkeit des Hauptschuldners durch Zahlungseinstellung, Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder durch Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung oder auf sonstige Weise erwiesen ist und nennenswerte Eingänge aus der Verwertung von Sicherheiten, die nach Maßgabe des mit dem Hauptschuldner abgeschlossenen Kontokorrentkreditvertrages gestellt werden, oder aus der Verwertung des sonstigen Vermögens des Hauptschuldners nicht oder nicht mehr zu erwarten sind; zu den Sicherheiten, die vor Feststellung des Ausfalls zu verwerten sind, gehören auch etwaige weitere für den Kontokorrentkredit gegebene Bürgschaften oder
 - b) wenn ein fälliger Zins- oder Tilgungsbetrag spätestens 12 Monate nach Zahlungsaufforderung nicht eingegangen ist.
- 6) Der Bürge hat für einen Ausfall, den die Bank durch fahrlässiges Verhalten gegen den Hauptschuldner verschuldet hat, nicht aufzukommen.
- 7) Gerichtsstand für Klagen aus der Bürgschaft ist Frankenberg (Eder).

Korbach, _____ . Juni 2019

Der Kreisausschuss
des Landkreises Waldeck-Frankenberg

(Dr. Kubat)
Landrat

(Behle)
Kreisbeigeordnete